Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 400 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M., unter Eingesandt 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufslisten von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 87 | Sonnabend, 14. April | 1923

Die Pariser Besprechungen.

Ein Reparationsprogramm der deutschen Sozialdemokratie.

Die französisch-belgischen Besprechungen zu Paris waren ein — unfreiwilliger Kriegsrat. Es ließ sich aus allerhand Anzeichen erschließen, es war aber sogar in halbamtlichen Vorbetrachtungen der Pariser Presse verständlich genug angedeutet, daß man sich die „Konferenz" eigentlich etwas anders gedacht hatte: nämlich als Konferenz. England und Italien sollten vertreten sein und durch ihre Anwesenheit nach außen hin die neugekittete „Einheitsfront" des Verbandes veranschaulichen, nach innen die Aufstellung eines wirklichen Friedensprogramms möglich machen. Die Ankündigung, England werde schon jetzt mit dabei sein, war unvorsichtig; sie hatte eine ausdrückliche Absage zur Folge. Poincaré sah sich dadurch gezwungen, aus der Not seiner Vereinsamung die Tugend der französischen Unerschütterlichkeit sowie (nicht ganz im Einklang damit) der sorgfältigen Vorbereitungsarbeit zu machen. Hätte England seine Zurückhaltung aufgegeben, so wären von Frankreich aus die Entwürfe und kleinen Zugeständnisse Loucheurs zur Grundlage der neuen Verhandlungen gemacht worden; da England sich versagte, ließ man durch den französischen Botschafter das Bild der britischen Politik, wie Loucheur es entworfen hatte, amtlich übermalen; außerdem tauchten jetzt plötzlich Berichte über den Schaden auf, den, durch Ermutigung des deutschen Widerstandes, Loucheurs Londonfahrt angerichtet habe. Bonar Law, hieß es jetzt, habe zwar den Deutschen unverbindliche Ratschläge erteilt, gedenke aber aus seiner „wohlwollenden Neutralität", das bedeutet: Nichteinmischung, vorerst nicht herauszutreten. Überhaupt könne man ja mit England zweckmäßig nicht verhandeln, bevor nicht zwischen Paris und Brüssel Einigkeit über das Reparationsprogramm hergestellt sei. Man müsse somit zunächst über die Verteilung der Kosten, Lasten und Einnahmen, über die wirksamsten Zwangsmethoden, über die Verminderung der eigenen Wirtschaftsschäden, kurz: über die Kriegführung verhandeln. Sehr wertvoll ist das bei dieser Gelegenheit unterlaufende Geständnis, daß die Frage der neuen Reparationsbedingungen sogar zwischen Frankreich und Belgien bis jetzt nur „berührt" worden sei; damit wird bestätigt, daß Frankreich ohne bestimmte Bedingungen oder Forderungen ins Ruhrgebiet einmarschierte, daß es vielmehr seine Reparationsansprüche je nach dem Ergebnis seines Eroberungsfeldzuges abzustufen gedachte.

•

Die französisch-belgischen Beschlüsse.

Paris, 13. April.

Die belgischen Minister Theunis und Jaspar sind kurz nach 1 Uhr mittags in Paris eingetroffen. Die Konferenz im Quai d'Orsay begann um 3 Uhr 25 Min. Belgischerseits wohnte ihr außer den beiden Ministern der belgische Botschafter in Paris, französischerseits außer Poincaré und dem Direktor des Außenministeriums della Rocca, der Finanzminister, der Kriegsminister, die Minister für die befreiten Gebiete und die öffentlichen Arbeiten bei, letzterer wurde vom Leiter der französisch-belgischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet, Guilleaume, und dem Direktor der französisch-belgischen Regie im besetzten Gebiet begleitet.

Nach Schluß der Sitzung der französisch-belgischen Konferenz am Quai d'Orsay wurde folgende amtliche Mitteilung der Presse übermittelt:

Die belgische und die französische Regierung sind in gleicher Weise entschlossen, ihre Aktion im Ruhrgebiete fortzusetzen, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbare Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen. Beide Mächte haben eine ganze Reihe neuer Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihren Druck zu verstärken und ihn so lange fortzusetzen, wie es nötig sein wird. Sie haben außerdem eine Anzahl von Beschlüssen gefaßt, um die Abfuhr von Kohle und Koks zu beschleunigen, den Eingang der Kohlensteuer sicherzustellen und den Betrieb der Eisenbahnen immer mehr zu verbessern. Sie werden morgen vormittag wieder zusammentreten, um namentlich die Fragen über die Buchführung der interalliierten Dienststellen, die Verwendung des Ertrages der Pfänder, der Geldstrafen und der Kapitalbeschlagnahmungen sowie der Sachlieferungen usw. zu prüfen.

•

Das sozialistische Reparationsprogramm.

Aus Berlin wird uns über die Beratungen der sozialdemokratischen Partei folgendes geschrieben:

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Tagen ausgedehnte Beratungen abgehalten, die der Stellungnahme der Partei zu einem von deren Führern ausgearbeiteten Reparationsprogramm galten. Über die Entstehung dieses sozialistischen Programms erfahren wir zuverlässig folgendes: Während der Beratungen der Berliner internationalen Sozialistenkonferenz hat sich deutlich ergeben, welchen Standpunkt die sozialistischen Parteien der übrigen Länder in der Reparationsfrage einnehmen und welches Programm sie bei ihren eigenen Regierungen unterstützen wollen. In Verfolg dieser Besprechungen ist von der deutschen Sozialdemokratie ein Reparationsprogramm ausgearbeitet und den sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens übersandt worden, dessen Kernpunkte die folgenden sind:

1. Die von Deutschland aufzubringende Reparationssumme darf nur für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs verwandt werden;

2. Die Sozialdemokratie hält eine Summe von 30 Milliarden Goldmark für tragbar.

3. Die Sozialdemokratie schlägt zur Lösung der Sicherheitsfrage den Abschluß eines Paktes vor, der für die Dauer von 99 Jahren Gültigkeit haben soll.

4. Die Gegenleistung Frankreichs hätte in der sofortigen Räumung nicht nur des Ruhrgebiets, sondern auch der Rheinlande zu liegen.

Dieses sozialdemokratische Reparationsprogramm wird in Besprechungen der Führer mit dem Reichskanzler der Regierung detailliert unterbreitet und erläutert werden. Von der Fassung der Erklärungen des Außenministers im Plenum des Reichstages wird es abhängen, welche weiteren Maßnahmen die Sozialdemokratie beschließt. Bei den sozialistischen Parteien des Auslandes hat das Programm eine sehr gute Aufnahme gefunden.

Es liegen gute Gründe für die Annahme vor, daß die Vertagung der Ruhrdebatte in der französischen Kammer in erster Linie darauf zurückzuführen war, daß Poincaré dieses sozialistische Programm bekannt wurde und er auf jeden Fall vermeiden wollte, daß die Linke in der Kammer das Programm bekannt gab, ehe er sich mit seinen belgischen Verbündeten auf Maximalforderungen einigte, für welche die englische Zustimmung erreichbar war.

•

Die deutsche Sozialdemokratie verlangt die Unterbreitung eines positiven Vorschlags der Reichsregierung.

Im Einklang mit der vorangehenden Meldung unseres Berichterstatters stehen die Ausführungen des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes, der die Besprechungen in Paris in folgender Weise kommentiert:

Am Freitag wurde in Paris die Konferenz der belgisch-französischen Minister eröffnet. Die zahlreichen französischen Pressestimmen aus Anlaß dieses Zusammentreffens besagen klar den Zweck der Beratungen: Nachdem zwischen England und Frankreich eine starke Annäherung durch die Reise Loucheurs vollzogen wurde, soll jetzt Belgien seine Zusage zu der Neuauflage der Entente geben. Das alles läßt die Herren Cuno und Rosenberg unbekümmert. Sie sehen nicht, was vor sich geht, erkennen nicht die von England indirekt gebauten Brücken zur Verständigung, und mißachten gute Vorschläge, scheinbar aus Furcht vor dem Verlust der Freundschaft des Herrn Helfferich. Wenn trotzdem jene Minister, die mit uns der Auffassung sind, daß jetzt die Zeit zum Handeln gekommen ist, weitere Zurückhaltung üben, dann bleibt das verständlich. Sonderbar aber wirkt das Verhalten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Erst verlangt sie von Herrn Cuno eine Unterredung, um ihm zu sagen, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Dennoch erklärt der Reichskanzler „schroff", eine Änderung der Außenpolitik wird vorläufig nicht vorgenommen, aber trotzdem spricht man in dem amtlichen Bericht über diese Unterredung von „völliger Übereinstimmung und Einigkeit".

Die Sozialdemokratie kann ihr Votum zu einer derartigen Politik nicht geben. Gerade sie ist sich klar darüber, daß eine Partei von ihrer Stärke vom Volke nicht verstanden worden wäre, wenn sie nicht von vornherein den Kampf gegen die nationale Demütigung an der Ruhr aufgenommen hätte. Gern hat die deutsche Arbeiterschaft den Abwehrkampf mit allen Mitteln unterstützt, und sie wird auch fernerhin ihr Möglichstes tun, um die Abwehrfront zu stärken. Erschwert wird das aber durch die Politik der Herren Cuno und Rosenberg. Das zu verhindern, ist Pflicht der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Eben weil sie nicht will, daß der Kampf an der Ruhr zu unseren Ungunsten ausgeht, verlangt sie von der Regierung die Unterbreitung eines positiven Vorschlags an die Ententemächte. Nicht die Front erdolchen will unsere Reichstagsfraktion, wenn sie in diesem Sinne von den maßgebenden Stellen die Pflicht zum Entschluß verlangt, sondern das gerade Gegenteil liegt in ihrer Absicht.

In der kommenden Woche wird der Reichstag den Etat des Auswärtigen Amtes beraten. Anläßlich dessen werden die Redner der Sozialdemokratie, unsere Genossen Hermann Müller und Breitscheid, in abgewägter Form von der Regierung verlangen, was die deutsche Arbeiterschaft, und unter ihr insbesondere die Kämpfer an der Ruhr, fordert. Es heißt, daß Herr Rosenberg dem dadurch zuvorkommen will, daß er in seiner Erklärung im Reichstag über die Auffassung der deutschen Regierung in bezug auf die Lösung des Konfliktes weitergehende Angaben macht, als es bisher der Fall gewesen ist. Zweifellos kann er eine Kritik an der bisherigen Regierungspolitik verhindern, wenn er allgemein zufriedenstellende Erklärungen abgibt. Aber ob eine in öffentlicher Reichstagssitzung gemachte Erklärung, die nicht gleichzeitig den Ententemächten offiziell überreicht wird, genügt, um als erster praktischer deutscher Schritt zu Verhandlungen betrachtet zu werden, bleibe vorläufig dahingestellt.

•

Der „Vorwärts" schreibt zu den Pariser Verhandlungen:

Was es bedeutet, daß der „Druck eindringlicher gestaltet" werden soll, ist nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres klar. Daß sich das Ruhrabenteuer aus einem Defizit- zu einem Überschußunternehmen verwandeln lasse, glaubt auch in Frankreich und Belgien kein Mensch. „Eindringlicherer Druck" heißt nichts anderes als gesteigerte militärische Bedrückung, vermehrte Quälerei der unschuldigen arbeitenden Bevölkerung. Die Anwendung dieser Mittel macht denen, die sie gebrauchen, keine Ehre.

Pflicht der deutschen Regierung aber ist es, die Probe auf das Exempel zu machen, ob die Möglichkeit besteht, durch Erstattung direkter Vorschläge die Bevölkerung von diesem Druck zu befreien. Sollte diese Probe negativ ausfallen, so würden die französische und die belgische Regierung in eine moralische Position geraten, die auf die Dauer nicht haltbar ist.

•

Wie Painlevé sich die Lösung denkt.

Paris, 13. April.

Die morgen erscheinende „Europe Nouvelle" wird einen Artikel des ehemaligen Ministerpräsidenten Painlevé über die Besetzung des Ruhrgebiets und die Reparationsfrage veröffentlichen, aus dem „Oeuvre" u. a. folgende Stellen wiederzugeben in der Lage ist. Frankreich werde nur im Einvernehmen mit seinen Alliierten zu einer endgültigen Lösung kommen. Einfältige Gemüter behaupteten wohl: „da die Engländer nicht mit ins Ruhrgebiet einmarschiert sind, brauchen wir Franzosen und Belgier uns nur mit den Deutschen zu verständigen, ohne uns um sonst jemanden zu kümmern." Das bezeichnet Painlevé als eine kindische Auffassung. Könne man sich eine Lösung ohne eine internationale Anleihe vorstellen? und eine internationale Anleihe ohne Amerika und England? Überdies würde eine Verständigung zwischen Frankreich und England die Einstellung des deutschen Widerstandes beschleunigen.

Painlevé sagt: Die französische Politik, die im Jahre 1918 begonnen wurde, also die Politik des nationalen Blocks, habe zu dem Dilemma führen müssen: entweder Verzicht auf die Reparationen oder Gewalt gegen Deutschland. Seine nationalistische Politik habe schließlich die Besetzung des Ruhrgebietes unvermeidlich gemacht, und habe auch gleichzeitig die Schwierigkeiten und Gefahren für die internationale Lage vermehrt. Eine französische Regierung mit deutlicher demokratischer Tendenz hätte es vielleicht fertig gebracht, den deutschen Arbeitern die Überzeugung nahezulegen, daß die Besetzung nur dem Interesse der französischen Geschädigten dienen solle. Jetzt aber sei das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme einer geringen kommunistischen Mehrheit, dazu entschlossen, den passiven Widerstand fortzusetzen. Wie solle nun aus der Unternehmung, die so schlecht begonnen hat, ein möglichst großer Vorteil gezogen werden.

Eine Verständigung zwischen Frankreich und England sei das wirksamste Mittel, eine schnelle Lösung herbeizuführen. Diese Lösung müsse aber durchführbar sein; sie dürfe nicht Veranlassung zu neuen Konflikten geben und deshalb die Zahlungsfähigkeit Deutschlands angemessen einschätzen.

Deutschland sei nur scheinbar in einer verzweifelten finanziellen Lage; seine technischen Ausrüstungen und seine Produktionskraft seien noch immer gewaltig, und deshalb wäre es ungerecht, Deutschland allein, und zwar auf Kosten und zum Nachteil Frankreichs, zu retten. Der im „Daily Telegraph" veröffentlichte Plan erscheint Painlevé als eine geeignete Verhandlungsgrundlage, aber es müsse darauf Bedacht genommen werden, daß sich durch die zu treffenden Abmachungen die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland verringert.

Painlevé sieht voraus, daß die Frage der Sicherung am meisten Schwierigkeiten machen werde. Er hält sie aber nicht für unlösbar, wenn als grundsätzliche Bedingung anerkannt werde, daß keine Lösung das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands zerstören dürfe. Zu diesem Zweck sollen Rheinland und Ruhrgebiet von jeder militärischen Garnison frei bleiben; es solle verboten werden, Truppen in diese Provinzen zu schaffen. Eine internationale Kommission hätte darüber zu wachen, daß diese Befreiung von jeder Art des Militarismus durchgeführt wird, ohne das normale Leben der Bevölkerung zu stören. Der Grundgedanke müßte sein, daß jeder Versuch eines Angriffs nicht bloß die Rechte Frankreichs und Belgiens, sondern auch die Rechte aller neutralen Völker verletzen werde. Dann kämen nach wenigen Jahren die deutschen und die französischen Völker zu der Überzeugung, daß keiner von ihnen das andere angreifen wolle, und neue Katastrophen könnten vermieden werden.

•

SLUB
Wir führen Wissen.